

Ein verborgenes Problem?

Versuch, die Hallenser Abderhalden-Kontroverse zu verstehen

*Prof. Dr. Robert Fajen
Institut für Romanistik
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg*

Am 16.01.2014 hat der Vorsitzende des Vereins Zeit-Geschichte(n) Dr. Udo Grashoff eine erste Bewertung der Kontroverse zwischen der interfakultären Initiative zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße und dem von ihm vertretenen Verein vorgelegt. Seine Bilanz fiel zwiespältig aus: Zwar machte Dr. Grashoff deutlich, dass er die Gründe für die Ablehnung des Namens ‚Emil-Abderhalden-Straße‘ inzwischen nachvollziehen könne, er erklärte aber auch, der Appell der interfakultären Initiative sei ein mit „politischen Kampfbegriffen gespickter Angriff auf die Person Emil Abderhaldens“ gewesen, bei dem wissenschaftlich unredlich argumentiert worden sei. Auf diese Einschätzung habe ich am 18.01.2014 mit einem längeren Brief reagiert, in dem ich noch einmal auf die schon länger existierende, seriöse Forschung zu Emil Abderhalden hingewiesen habe, auf die sich der Appell der interfakultären Initiative stützte; darüber hinaus habe ich ein Dokument aus dem Universitätsarchiv zur Verfügung gestellt, welches u. a. zeigt, wie Abderhaldens eugenische Positionen im Jahr 1942 gesehen wurden. Im Anschluss an diesen Brief haben Dr. Grashoff und ich einige E-Mails ausgetauscht, die – für mich – manche Dinge geklärt und gleichzeitig auch neue Fragen aufgeworfen haben (diese E-Mails sollen auf der Homepage des Vereins veröffentlicht werden).

Im vorliegenden Text möchte ich einige grundsätzliche Überlegungen zur Hallenser Abderhalden-Kontroverse zur Diskussion stellen. Ich hoffe, damit eine Reflexion über das wechselseitige Unverständnis anzustoßen, das seit dem 23.10.2013 (bzw. seit 2010) herrscht. Meine Überlegungen mögen korrekturbedürftig sein; vielleicht können sie aber dazu beitragen, die Perspektive zu wechseln, Missverständnisse zu erkennen und andere Fragen zu stellen als bisher.

Ich werde diese Überlegungen zunächst abstrakt formulieren, indem ich sie auf eine Folge von thesenartigen Deutungsversuchen bringe:

In der Abderhalden-Kontroverse sind zwei unterschiedliche Sorgen (Ängste?) aufeinander getroffen, die mit zwei unterschiedlichen Redeweisen und Argumentationsstrategien verknüpft wurden. Diese unterschiedlichen Sprachen machten bisher ein Verstehen der jeweils anderen Seite unmöglich; sie erklären die merkwürdige Kakophonie der gesamten Kontroverse. In den beiden Sprachen wird etwas Verdrängtes sichtbar, das in der ganzen Debatte nicht thematisiert wurde, obwohl es für den Verlauf der Diskussion möglicherweise entscheidend war: nämlich 1) das Problem der deutsch-deutschen Geschichte, 2) das Problem der unterschiedlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in den beiden politischen Systemen bis 1989/90 und 3) das Problem der Geschichte der deutschen Einheit mit ihren Anmaßungen und Kränkungen.

Der folgende ausführliche Kommentar soll diese etwas dunkel klingenden Sätze erhellen.

Zunächst zu den ‚beiden Sorgen‘ (oder ‚Ängsten‘, da ihnen ein irrationales Moment eigen ist). Anders als Dr. Grashoff schreibt, besteht die Sorge der Befürworter einer Umbenennung meines

Erachtens nicht nur darin, der Ruf der Universität (und des GSZ) könnte „durch Abderhaldens Namen im Briefkopf“ beschädigt werden (Dr. Grashoff); sie fürchten vielmehr, dass es zu *überhaupt keiner historischen Bewertung mit Konsequenzen* kommt oder, genauer, dass *eine unbequeme historische Bewertung vermieden* wird (was geschehen würde, wenn der Straßename bliebe, der ja sogar eine Ehrung impliziert). Diese Sorge hat viel mit der *westdeutschen* Vergangenheit zu tun (und die meisten Unterzeichner der interfakultären Initiative – ich eingeschlossen – sind wohl westdeutsch sozialisiert). Ich nenne ein konkretes Beispiel, weil es mit Abderhaldens Biographie zusammenhängt: Otmar von Verschuer, der in der NS-Zeit zu den führenden ‚Rassenhygienikern‘ zählte, der ein erklärter Antisemit war und der sich bzw. seiner Assistentin Karin Magnussen für seine bzw. ihre ‚Forschungen‘ zur Heterochromie von Josef Mengele aus Auschwitz die Augen von KZ-Häftlingen (darunter auch Kinder) liefern ließ, die für diesen Zweck getötet worden waren – dieser Otmar von Verschuer war nach 1945 ein hochangesehener und vielfach geehrter Ordinarius an der Universität Münster, der wegen seiner verbrecherischen Wissenschaft nie belangt wurde¹. Ich betone an dieser Stelle noch einmal, dass Abderhalden im Unterschied zu Verschuer *kein* Täter im strafrechtlichen Sinne war und dass er an den Menschenversuchen in den Konzentrationslagern keine Schuld trägt. Aber er stand erwiesenermaßen im ‚Dunstkreis‘ der Täter, einmal, weil er in den vierziger Jahren mit Verschuer über seine Abwehrfermente-Theorie korrespondierte, und zum anderen, weil ebendiese Theorie mit ihren möglichen rassentheoretischen Implikationen in Mengeles Menschenexperimenten in Auschwitz eine wichtige Rolle spielte (Mengele arbeitete u. a. an der Entwicklung eines physiologischen Rassentests). Diese wissenschaftliche *Nähe* Abderhaldens zu Verschuer sowie die von Abderhalden vertretenen eugenischen Ideen mit ihren inhumanen Implikationen machen den XX. Präsidenten der Leopoldina für eine besondere Ehrung in Form eines Straßennamens ungeeignet.

Die Sorge (Angst) der Gegner der interfakultären Initiative scheint mir dagegen eine andere zu sein: Es ist die Sorge, dass es zu *einer falschen und ungerechten historischen Bewertung* kommen könnte. Diese Sorge, so vermute ich, hat viel mit der *ostdeutschen* Vergangenheit zu tun (und so scheinen die meisten Unterzeichner hier eher ostdeutsch sozialisiert zu sein). Von Anfang an hat mich der Umstand irritiert, dass viele Kritiker der interfakultären Initiative selber als Bürgerrechtler unter den politischen Verhältnissen in der DDR gelitten haben. Ich verstand nicht, wie diese beiden Aspekte zusammenpassten: auf der einen Seite Biographien, in denen sich Nonkonformismus und mutige Systemkritik zeigten, auf der anderen Seite die – für mich befremdliche – Verteidigung der Person Abderhaldens, dessen offensichtlich nicht mutiger Konformismus als subtile Verstellungstaktik gedeutet wurde (‚Bleistiftbuchführung‘ über den Ausschluss der jüdischen Leopoldina-Mitglieder²). Nun ist es so, dass die Diffamierung zu den schlimmsten Machtinstrumenten überhaupt gehört. In der DDR bedeutete Diffamierung u. a., dass kritische Gegner als ‚Faschisten‘ bezeichnet wurden. Erklärt das, warum in der Abderhalden-Kontroverse der Vorwurf der Diffamierung überhaupt vorgebracht wurde? Ist das der Grund, weshalb der Begriff der ‚Ehre‘ (ein Begriff, den ich in dieser Debatte für grundsätzlich problematisch halte, weil ‚Ehre‘ im Unterschied zur menschlichen Würde ein historisch relatives Phänomen ist) eine so wichtige Rolle spielte und wieso die wesentliche Dif-

¹ http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/5d/Freie_Universitaet_Berlin_-_Otto-Suhr-Institut_-_Gedenktafel_-_Kaiser-Wilhelm-Institut_fuer_Anthropologie-menschliche_Erblehre_und_Eugenik.jpg

² Übrigens wird die Bleistiftbuchführung der Leopoldina in der NS-Zeit von Jaachim und Michael Kaasch ganz anders erklärt als von Wieland Berg: Vgl. ihren Aufsatz „Hallesche Naturwissenschaftler (Emil Abderhalden und Johannes Weigelt) in der Zeit des Nationalsozialismus: Eine Fallstudie mit Jenaer Beziehungen“, in: Uwe Hoßfeld u. a. (Hgg.), „Kämpferische Wissenschaft“. *Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus*, Köln: Böhlau, 2003, S. 1027-1064, Anm. 123: Danach wurde nur deshalb mit Bleistift aus- und eingetragen, weil die „zur Steichungszeit gültigen Statuten einen Ausschluß überhaupt nicht vor[sahen], diese Möglichkeit wurde erst in die Fassung vom September 1944 aufgenommen.“

ferenz von Geschichte und Gedächtnis völlig aus dem Blick geriet (leider ist sie immer noch nicht in den Fokus gerückt)?

Mit den angesprochenen Sorgen verbinden sich unterschiedliche Sprachen: Dass in Westdeutschland überhaupt Prozesse gegen NS-Täter (SS-Angehörige, Richter, Mediziner etc.) geführt wurden, ist mutigen Staatsanwälten wie Fritz Bauer zu verdanken, der sich bekanntlich gegen massive Widerstände durchsetzen musste. Die Strafen, die in diesen Prozessen verhängt wurden, waren oft empörend gering und standen in keinem Verhältnis zur Ungeheuerlichkeit der begangenen Verbrechen. Die Verdrängungen und Leugnungen in der westdeutschen Gesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre haben maßgeblich zur Revolte von 1968 beigetragen. Als die Generation der ‚Nachgeborenen‘ die Generation der Väter zu befragen begann, erhielt sie in der Regel keine Antworten; wenn es aber Antworten gab, dann waren sie fast immer ausweichend, verharmlosend, verklärend oder offensichtlich lügnerisch. Die ‚Jungen‘ *mussten scharf und bohrend fragen*, wenn sie ‚unangenehme Wahrheiten‘ ans Licht bringen wollten; und nicht selten waren alle Nachfragen, seien sie noch so hartnäckig, vergeblich. In vielen ‚scharfen‘, z. T. auch verkürzenden Formulierungen der Resolution der interfakultären Initiative (ein Text, an dessen Redaktion ich nicht beteiligt war) erkenne ich die ‚Spur‘ ebendieses nachfragenden Tones. Es handelt sich um einen Ton, den ich sehr gut verstehen und nachvollziehen kann, da ich seine Motive kenne. Auch die Empörung, die in meinen eigenen Diskussionsbeiträgen mitschwingt, hat etwas mit der Ratlosigkeit angesichts der Verdrängungsmechanismen zu tun, die bis heute in der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zu beobachten sind; dasselbe gilt wohl auch für Johannes Varwick, wenn er inzwischen so weit geht, von einer ‚Verhöhnung der Opfer‘ zu sprechen (18.01.2014).

So hat also vor allem die Schärfe des Tons – die anklagende Sprache der Resolution, die sich rhetorisch aus der oben beschriebenen Sorge speiste, die Kritiker der interfakultären Initiative aufgewühlt; sie haben sie (so vermute ich) falsch eingeordnet, weil sie auf einen anderen, von bundesrepublikanischen Diskursen geprägten ‚Code‘ verwies. Dass Dr. Grashoff am 16.01.2014 den – ungenauen – Ausdruck ‚politische Kampfbegriffe‘ gebrauchte, belegt dies meiner Meinung nach sehr deutlich. Umgekehrt habe ich selbst (und ich kann hier nur für mich sprechen) den apologetischen Ton der Beiträge des Vereins wohl falsch verstanden. Die immer wieder vorgebrachten Argumente, dass man differenzieren müsse, dass es um eine komplexe Biographie gehe und dass Abderhalden auch seine Verdienste gehabt habe, deutete ich als Symptome des Nicht-Wahrhaben-Wollens. Mancher Satz schien mir dieselben Rechtfertigungsstrategien zu wiederholen, die nach 1945 viele NS-Täter und -Akteure vorbrachten, um jede Verantwortung von sich zu weisen. Was in meinen (und wohl nicht nur in meinen) Ohren fast schon revisionistisch klang, war aber, so nehme ich an, ebenfalls Ausdruck einer Sorge, nämlich der Sorge, man könnte einen Menschen zu Unrecht als Nazi/Faschist diffamieren – so wie man es 1953 in Halle und anderswo in der DDR getan hat.

In der ganzen Diskussion ist das Jahr 1953 eine Art von emblematischer Leerstelle geblieben: das Jahr, in dem die Stadt Halle die Straße nach Emil Abderhalden benannte; das Jahr, in dem am 17. Juni viele Bürger in Halle (darunter ein Unterzeichner der Forderung des Vereins) auf die Straße gingen, um ihre Freiheitsrechte zu fordern – und dafür vom Regime als ‚Faschisten‘ verunglimpft wurden. Das Jahr 1953 ist ein wichtiger Schlüssel, um das Entstehen und den unglücklichen Verlauf dieser Kontroverse zu verstehen.

Mehr noch: Was ich bisher nicht wahrgenommen habe (und wofür vermutlich auch die meisten Unterzeichner der interfakultären Initiative keinen Sinn hatten) ist die *symbolische* Tragweite, die der Name Emil Abderhaldens in Halle seit 1953 hatte. Dieser Name, auf dem 1953 nicht der Schatten lag, über den heute gestritten wird, symbolisierte – das vermute ich zumindest – für viele Hallenser Bürger das, was an Offenheit in der DDR möglich war. Er – der Name, nicht die

Person – war gewissermaßen eine zeichenhafte Brücke zu einer Welt, zu der man in der Zeit des Kalten Krieges sonst nur noch indirekten Zugang hatte (weil Abderhalden Schweizer war, erschien er neutral). So erkläre ich mir inzwischen die Identifikation mit Emil Abderhalden, die in manchen Texten der Kritiker der interfakultären Initiative zu Tage tritt und die mir lange unbegreiflich war. Ich lasse mich gern korrigieren, wenn ich falsch liegen sollte.

Ich möchte an dieser Stelle zwei Kritiken formulieren:

1. Eine Kritik der interfakultären Initiative: Wegen der spezifischen erinnerungspolitischen Situation hätten manche Sätze in der Resolution womöglich vorsichtiger formuliert werden sollen: Statt z. B. zu schreiben, „Emil Abderhalden war ein eugenischer wissenschaftlicher Rassist der ersten Stunde, [...] der zu den Stichwortgebern der Euthanasie-Aktionen des Dritten Reichs gehörte“, wäre es richtiger gewesen, ungefähr dies schreiben: *Emil Abderhalden vertrat seit der Zeit des ersten Weltkriegs eugenische Gedanken, die auf einem sozialdarwinistischen Volks-Begriff beruhten (das – deutsche – Volk als von Krankheit gefährdeter Körper; Sterilisierung von behinderten Menschen, staatliche Nachweise zur Ehe- und Reproduktionsfähigkeit). Dieses Gedankengut, von dem sich Abderhalden weder während noch nach der Zeit des Nationalsozialismus je distanziert hat, trug (ob gewollt oder ungewollt) dazu bei, die Euthanasie-Aktionen des ‚Dritten Reichs‘ zu legitimieren. Überdies hat sich Abderhalden 1939 mit einer Arbeit über die physiologische Rassenunterscheidung bei Tieren und Pflanzen, die auf seiner falschen und schon damals angezweifelt Theorie der Abwehrfermente gründete, bewusst in die unmittelbare Nähe der nationalsozialistischen Rassenforschung begeben. Mit Bezug auf Abderhaldens Forschungen versuchte Josef Mengele in Auschwitz in seinen tödlichen Menschenexperimenten einen physiologischen Rassentest zu entwickeln. Zwischen 1940 und 1944 stand Abderhalden mit Mengeles Mentor und Förderer Otmar von Verschuer in direktem Kontakt.* Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass auch eine solche Formulierung, die Abderhalden nicht zum Schuldigen macht, ihn aber auch nicht von seiner Verantwortung als Wissenschaftler und Wissenschaftsfunktionär in der NS-Zeit freispricht, die Notwendigkeit einer Namensänderung in jedem Fall rechtfertigt.

2. Eine Kritik des Vereins Zeit-Geschichte(n): Indem der Verein meinte, die Person Emil Abderhaldens verteidigen zu müssen, hat er den Eindruck erweckt, er wolle die Verstrickungen Abderhaldens in der NS-Zeit (seine Nähe zum Verbrechen) verharmlosen. Der Fehler („Fehler“ im Sinne einer konstruktiven Kritik) des Vereins war es, die symbolische und identitätsstiftende Bedeutung von Abderhaldens Namen in Halle zwischen 1953 und 1989 nicht klar zu benennen; stattdessen hat er diese positiv konnotierte Semantik des Namens mit Abderhaldens ambivalentem Verhalten zwischen 1933 und 1945 vermischt. Abderhalden wurde mit anderen Worten zur Projektionsfläche für Bewertungen und Deutungen, die tatsächlich wenig oder gar nichts mit seiner Person zu tun haben.

All dies zeigt, dass gerade auf Seiten des Vereins die Differenz zwischen Geschichte und Gedächtnis nicht genügend berücksichtigt worden ist. Das schreibe ich nicht aus Rechthaberei oder weil ich mich mit meinem Text vom 18.12.2013 besonders wichtig machen möchte. Ich schreibe das, weil die *gesamte* vom Verein angestoßene Kontroverse (meine Texte eingeschlossen, den vom 18.12.2013 ausgenommen, da er auf einer Meta-Ebene argumentierte) wenig bis gar nichts mit der vom Verein eingeforderten historischen Betrachtung zu tun hat, sondern vielmehr den Zusammenprall zweier Gedächtniskulturen widerspiegelt, die mit den unterschiedlichen Verläufen der deutschen Geschichte zusammenhängen. Es liegt eine merkwürdige Ironie darin, dass sich dieser interkulturelle, deutsch-deutsche Konflikt im kollektiven Gedächtnis ausgerechnet an der moralisch ‚grauen‘ Gestalt eines in der NS-Zeit gut angepassten Schweizers entzündet hat.

Ich bleibe dabei: Eine Emil-Abderhalden-Straße (die einzige in Deutschland, wenn man Google Maps Glauben schenken darf!) ist mit Verdiensten des XX. Präsidenten der Leopoldina nicht zu rechtfertigen; sie schadete nicht nur dem Ansehen der Universität, sondern auch dem Leumund der Stadt. Allerdings ist mir nun auch klar, dass man bei der Umbenennung die historisch begründete symbolische und identitätsstiftende Bedeutung des bisherigen Straßennamens berücksichtigen sollte. Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Emil-Abderhalden-Straße in „Anton-Wilhelm-Amo-Straße“ umzubenennen, ist sympathisch, weil Amo es fraglos verdient, dass man öffentlich an ihn erinnert. Allerdings gebe ich zu bedenken, dass diese Umbenennung eine problematische Opfer-Täter-Logik impliziert, die den ‚Vorgänger‘ Emil Abderhalden indirekt wie einen Täter erscheinen ließe – und Abderhalden war, wie gesagt, kein Täter, sondern ein verstrickter *Akteur* in einer ethisch gefährlichen ‚Grauzone‘, in der Wissenschaft und Forschung tödlich sein konnten. Ich möchte daher abschließend eine Lösung im Namensstreit vorschlagen, die vielleicht hilft, die entstandene Kluft zwischen den verschiedenen Positionen zu überbrücken: Man könnte den Platz vor dem GSZ-Hauptgebäude Anton-Wilhelm-Amo-Platz nennen. Warum aber wählt man für die jetzige Emil-Abderhalden-Straße nicht den Namen „Akademiestraße“? (Eine „Leopoldstraße“ gibt es schon in Halle; wenn man die umbenennen würde, könnte eventuell auch der Name „Leopoldinastraße“ gewählt werden – was allerdings etwas schwerfällig klingt.) Damit wäre die wichtige Rolle der Leopoldina für die Hallenser Geschichte und Gegenwart gewürdigt; und auch an Abderhaldens Verdienste um das Fortbestehen der Akademie *nach* 1945 würde – indirekt – weiter erinnert.

Halle, den 29. Januar 2014